

Befragung: Schutzmaßnahmen ausbauen

// Das Ergebnis unserer Online-Kurzbefragung von Lehrkräften an weiterführenden Schulen zur Umsetzung der Maßnahmen des Infektionsschutzes zeigt ein durchaus positives Bild. Allerdings offenbart sich an mehreren Stellen ein deutlicher Nachsteuerungsbedarf. //

Leipzig, 4. Mai 2020

Mit der nicht repräsentativen Kurzbefragung vom 23. bis 27. April wollten wir erfahren, wie die Kolleginnen und Kollegen den ersten Öffnungsschritt beurteilen. Außerdem wollten wir genauer wissen, wie unsere Forderungen vor Ort umgesetzt werden und Erkenntnisse für weitere Etappen gewinnen.

Insgesamt haben 1.189 Lehrkräfte von Oberschulen (45 %), Gymnasien (35 %), Förderschulen (8 %) und Berufsbildenden Schulen (11 %) an der Befragung teilgenommen. Grundschullehrkräfte wurden nicht befragt, da der Unterricht zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder aufgenommen worden war. 80 % der Teilnehmenden waren zum Zeitpunkt der Befragung in Schulen eingesetzt.

Fazit und Bewertung

Trotz der kurzen Vorlaufzeit wurde die Einhaltung von Maßnahmen zum Infektionsschutz bei der ersten Teilöffnung von sächsischen Schulen größtenteils positiv eingeschätzt. Die Vorgaben wurden nach Auffassung der Teilnehmenden vor Ort gut umgesetzt. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keinen Handlungsbedarf gibt.

Auf die Risikogruppe darf nicht nur zeitweise bzw. größtenteils Rücksicht genommen werden, sondern ihre Sicherheit muss auch zukünftig und vollständig gewährleistet werden. Der Schutz sollte außerdem auf Angehörige von Lehrkräften ausgeweitet werden, die zur Risikogruppe gehören und im eigenen Haushalt leben. Fast jeder dritte Befragte konstatiert zudem eine unzureichende Ausstattung mit Schutzmitteln in der Schule. Auch hier sind weitere Anstrengungen unerlässlich, so dass die Materialien in ausreichendem Umfang und dauerhaft zur Verfügung stehen. Dass die Effektivität der derzeitigen Einlasskontrollen von mehr als der Hälfte der Befragten bezweifelt wurde, muss angesichts der relativ kleinen Schülerzahl des ersten Öffnungsschrittes als Alarmsignal ernst genommen werden.

Es ist erfreulich, dass unserer Forderung weitestgehend nachgekommen wurde, Doppelbelastungen durch Online-Unterrichtung und Einsatz an der Schule auszuschließen. Die Mehrheit der Lehrkräfte machte deutlich, dass dies durch gute Planung verhindert werden konnte. Hinweise auf Überlastung gibt es dennoch (20 %). Dabei fällt auf, dass diese insbesondere von jüngeren Lehrkräften sowie von Lehrkräften an berufsbildenden Schulen geäußert wurden. Bei Ausweitung des Schulbetriebes muss von Anfang an für Entlastung gesorgt werden.

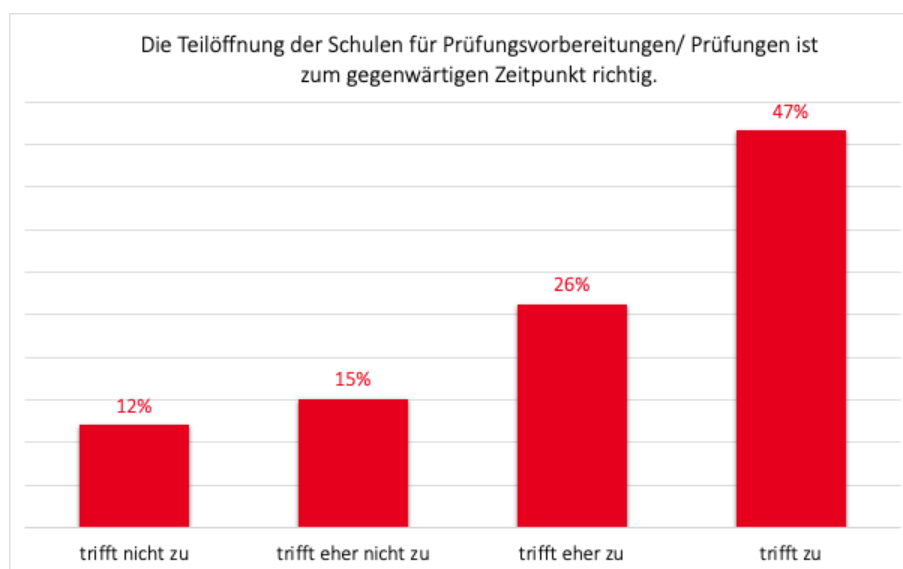
Die Personalprobleme im sächsischen Schuldienst sind hinlänglich bekannt. Sie sorgten bereits vor der Pandemie für ungerechte Bildungschancen. Nun werden sie über das Schuljahresende hinaus gravierende Auswirkungen auf die Möglichkeiten haben, Schritt für Schritt zum Normalbetrieb

zurückzukehren. Die GEW Sachsen wird nicht akzeptieren, dass Lehrkräfte einem höheren gesundheitlichen Risiko ausgesetzt sind, weil sie in bestimmten Regionen/ in bestimmten Schularten unterrichten. Die geltenden Standards zu Arbeits- und Gesundheitsschutz dürfen keineswegs unterwandert und dem Pragmatismus geopfert werden. Dass das ein starker Kraftakt werden wird, steht außer Frage. Die GEW Sachsen ist bereit, sich am Finden der besten Lösung zu beteiligen. Für uns steht fest: Kreativität ist bei pädagogischen Fragen angesagt, beim Gesundheitsschutz haben klare Standards zu gelten!

Die Ergebnisse im Einzelnen

Große Zustimmung für 1. Öffnungsschritt - ein Viertel sieht ihn kritisch

Mit 73 % hielt eine deutliche Mehrheit der Befragten die erste Stufe der Teilöffnung von Schulen für Prüfungsvorbereitungen bzw. Prüfungen für richtig (s. Diagramm). 27 % sehen die Teilöffnung kritisch. Lehrkräfte am Gymnasium stimmten der Teilöffnung häufiger zu (80 %) als an Förderschulen (76 %), Berufsbildenden Schulen (69 %) und Oberschulen (68 %).

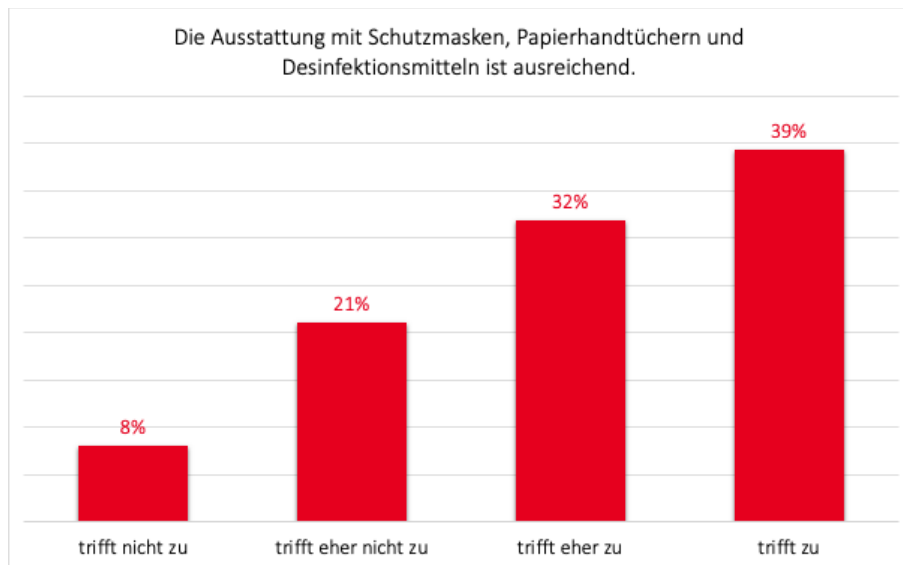


Risikogruppen werden meist beachtet - Steuerungsbedarf dennoch nötig

90 % der Teilnehmenden gaben an, dass an der Schule die Zugehörigkeit zur Risikogruppe berücksichtigt wurde. Dass diese Aussage zu 10 % nicht bejaht wurde (gleichverteilt über alle Schularten), erfordert eindeutiges Handeln des SMK. Etwa die Hälfte der Befragten gab an, dass an ihren Schulen bei der Einsatzplanung der Lehrkräfte auch Rücksicht auf im Haushalt lebende Mitglieder der Risikogruppe genommen wurde. Die GEW Sachsen fordert einen entsprechenden Anspruch für alle Lehrkräfte.

Maßnahmen zum Infektionsschutz müssen ausgeweitet werden

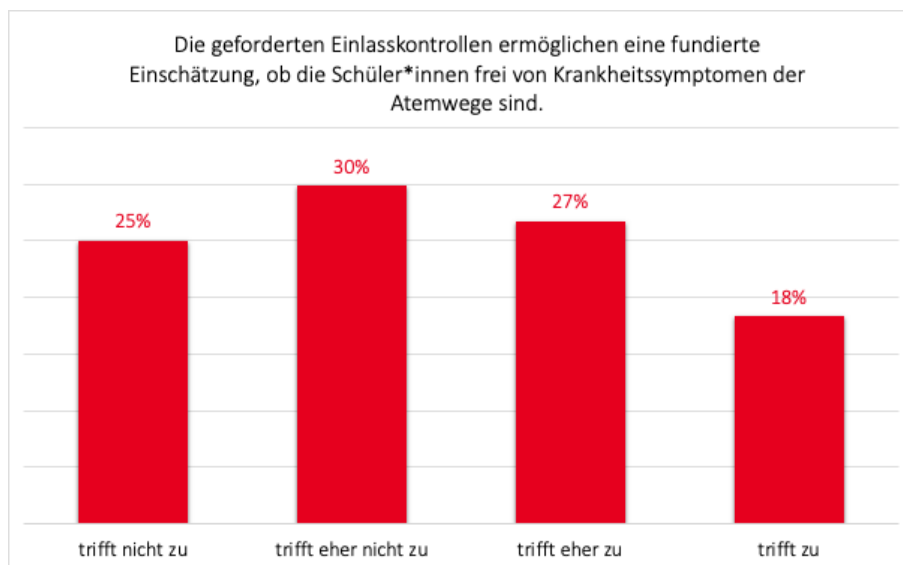
Die Ergebnisse der Befragung verdeutlichen, dass einige der Maßnahmen zum Infektionsschutz an den Schulen durchaus spürbar umgesetzt wurden. So berichteten über zwei Drittel der Befragten (71%) von einer ausreichenden Ausstattung mit Schutzmasken, Desinfektionsmitteln und Papierhandtüchern in den Anfangstagen. Die unzureichende Ausstattung mit Schutzmaterial an knapp 30 % der Schulen ist nicht akzeptabel, wie auch das folgende Diagramm verdeutlicht.



Die Rückmeldungen wiesen auf gravierende Unterschiede zwischen den Schularten hin, die es natürlich unbedingt zu vermeiden gilt: Außer am Gymnasium (18 %) haben die Lehrkräfte aller anderen Schularten zu 30 % negative Rückmeldungen zur Ausstattung mit Schutzmaterial gegeben.

Das Kommunizieren und Durchsetzen der Regelungen zum Infektionsschutz konnte von 87 % positiv bewertet werden. 83 % gaben an, dass Gruppenbildungen konsequent vermieden wurden.

Im Rahmen des Infektionsschutzes müssen seit der Teilöffnung Einlasskontrollen durchgeführt werden, damit nur Schülerinnen und Schüler ohne respiratorische Symptomatik die Schule betreten. Mehr als die Hälfte der Befragten (55 %) teilte jedoch mit, dass das damit verfolgte Ziel so nicht erreicht werden konnte.



Da das Versagen dieses ersten Schrittes zum Gesundheitsschutz an der Schule alle weiteren Vermeidungsmaßnahmen grundsätzlich in Frage stellt, ergibt sich daraus akuter Handlungsbedarf.

Hinweise auf Überlastung bei jüngeren Lehrkräften sowie an berufsbildenden Schulen

Knapp zwei Drittel der Teilnehmenden schätzten in Hinblick auf die erste Teilöffnung ein, dass durch schulorganisatorische Regelungen zum parallelen Einsatz in der Schule und der gleichzeitigen Fortsetzung des Heimunterrichts Überlastung der Lehrkräfte vermieden wird. 20 % der Teilnehmenden, vorrangig Lehrkräfte aus der Gruppe der 30- bis 40-jährigen, gaben allerdings an, dass eine Überbelastung stattfindet. Besonders häufig fühlen sich Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen überlastet.

Weitere Hinweise und Handlungsempfehlungen der Befragten

Zum Abschluss der Befragung äußerte knapp ein Drittel der Teilnehmenden vielfältige offene Fragen bzw. oft konkrete Handlungsempfehlungen, bei denen insbesondere die Bereiche *Hygiene, Infektionsschutz und Masken* (27 % der Antworten), (verdichtete) *Arbeitsorganisation/-belastungen* (17 %), *weitere Schulöffnungen* (12 %), *Risikogruppen* (9 %) sowie *Online-Unterricht* (9 %) im Vordergrund standen.

Im Bereich **Hygiene** wurde u. a. ein „fest installierte Desinfektionsspender“, „markierte Wege“ und ein „Konzept gegen Gruppenbildung“ gefordert. Zudem sollten gerade „zukünftige Schulanfänger*innen“ genau diagnostiziert werden. Kontrovers waren die Rückmeldungen zum Thema Mundschutz. Die Ausgabe von Mund-Nasen-Schutz wird überwiegend positiv, doch teils als unzureichend bewertet. Hinsichtlich einer Pflicht dafür gab es häufig den Wunsch nach klareren Regelungen, bspw. eine Pflicht für Schüler*innen, jedoch nicht für Lehrkräfte, da das Unterrichten damit bedeutend erschwert würde.

Zur **Arbeitsorganisation/-belastungen** wurden bspw. eine „pädagogische Sicht“ auf die weitere Schulplanung und „Klassen- und Schularten-übergreifende Konzepte“ angeregt, dagegen die „Sinnhaftigkeit der Abschlussprüfungen unter Gefährdungsbedingungen“ häufig angezweifelt. Durch den Online-Unterricht und die Vorbereitung des Unterrichts in Klassenteilung wurde eine massive Mehrarbeit bemängelt sowie dafür „Entlastung und Ausgleich“ eingefordert.

Zu **weiteren Schulöffnungen** wurde „Platzmangel“ bei Klassenteilungen und (weiterhin geltenden) Abstandsregelungen, „Doppelbelastungen“ bis zur „Belastungsgrenze“ und ein Zustand befürchtet, der „Hygiene und Abstandsregelung nicht mehr einhalten lässt“.

Zu den **Risikogruppen** wurde eine „unterschiedliche Definition“ vom Robert-Koch-Institut und dem sächsischen Kultusministerium (60 statt 55 Jahresgrenze) wahrgenommen und zudem „mehr Schutz von Kindern und Lehrkräften mit vorerkrankten Familienangehörigen“ angemahnt. Auch wurde die Frage nach „Maßnahmen gegen Schüler*innen, die sich nicht an die Infektionsschutzregeln halten“, gestellt.

Zum **Online-Unterricht** (Homeschooling) wurde zwingend eine Sicherstellung der „technischen Ausstattung und Qualifizierung“ für „Lehrer*innen und Schüler*innen“ eingefordert, da sonst eine „Verschärfung von Bildungsungerechtigkeiten“ drohe.

Mehr Informationen unter:
www.gew-sachsen.de/corona